

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Was sagen uns die italienischen Wahlergebnisse?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Was sagen uns die italienischen Wahlergebnisse?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 6, pp. 344-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131726>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Achtung Fabrikanten und Engros-Firmen!

Unsere Vertreter-Organisation in ganz Norwegen

ist zur Einführung Ihrer Ware bestens geeignet. — Wir bieten

Vertretung Ihrer Interessen für Norwegen

und garantieren schnellste Beförderung und neueste Marktberichte. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung, fordern Sie Prospekte und Einzelheiten an. Jedes Geschäft interessiert uns.

Inter-Service, postbox 1447, Oslo/Norwegen

Was sagen uns die italienischen Wahlergebnisse?

Das Ergebnis der italienischen Wahlen ist nicht so ausgefallen, wie es die Parteien der demokratischen Mitte erwartet haben. Die Enttäuschung hat ihnen der Süden gebracht, wo sie einen hohen Anteil der Wählerschaft an die Monarchisten und vor allem an den Movimento Sociale Italiano, den neofaschistischen „MSI“, abgeben mußten. Diese Verschiebung, die sich aus der Unfähigkeit eines hohen Prozentsatzes der Südtalienen zu politischer Orientierung und aus der Vorliebe für Veränderungen erklärt, zeigt, daß der bisherige, sehr beträchtliche Kapitalaufwand der Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung Südtaliens von der Bevölkerung nicht nur ohne das Empfinden einer inneren Verpflichtung, sondern auch ohne Anerkennung aufgenommen worden ist. In den ersten zwei Jahren des Zehnjahresprogramms sind umfangreiche Projekte unter Einsatz einer großen Zahl von Arbeitskräften verwirklicht oder in Angriff genommen worden. Die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten ist im Anstieg. Nichtsdestoweniger ist ein Wahlschlag zugunsten der Mittelparteien ausgeblieben, denen die Inangriffnahme des nachgerade zeitlos gewordenen südtalienenischen Problems zu verdanken ist. Zu diesem bedenklichen Wahlausfall der Mitte tritt der Umstand, daß der Prozentsatz der Stimmenthaltung (6½%) fast ganz zu ihrem Nachteil ging. Tatsache ist andererseits, daß die vier verbündeten, zur Übernahme der Regierungsverantwortung bestimmten Parteien ohne ein gemeinsames abgestimmtes, eindeutiges, den Bedürfnissen und Forderungen des Volkes entsprechendes Wirtschaftsprogramm in die Wahlkampagne gegangen sind.

Immerhin haben die Wahlen die Vorbedingungen für die Bildung einer arbeitsfähigen, den bisherigen Kurs in seinen grundsätzlichen Direktiven beibehaltenden, der Demokratie und der Europagemeinschaft zugewandten Regierung geschaffen. Soweit der Stimmenverlust der Democrazia Cristiana den drei kleineren Mittelparteien zugute gekommen ist, kann die Verschiebung als ein Vorteil angesehen werden. Durch die Einbuße jener Stimmen, die 1948 für die Großpartei nicht im Sinn einer Billigung ihrer Richtung, sondern lediglich zur Festigung ihrer Abwehrstellung gegen den Kommunismus abgegeben worden waren, kann das aufgelockerte, in sich widerspruchsvolle und daher in seinen Funktionen gehemmte Parteigefüge der christlichen Demokraten einheitlicher und die Leitung entschlußfähiger werden. Angesichts der Stärke der Opposition von rechts und links wird die Regierungskoalition und das beständige Einvernehmen der vier Mittelparteien zur unausweichlichen Notwendigkeit. Demgegenüber wird die Kontinuität der Staatslenkung in bestimmendem Maße davon abhängen, ob es dieser neuen Koalitionsregierung gelingt, mit den unterschiedlichen Aufgaben fertig zu werden, die infolge der in den letzten Jahren zur Regel gewordenen Verschleppungstaktik im Vorbereitungsstadium stecken geblieben sind. Sieht man von einigen Projekten ab (Senatsreform, neues Pressegesetz), handelt es sich durchweg um ein wirtschaftspolitisches Pensum. Zu diesem gehören trotz politischer Färbung die schon ausgearbeitete und resortmäßig begutachtete Neukodifizierung des Streikrechtes und der Gewerkschaftsstruktur. In beiden

Fällen liegt die Absicht des Gesetzgebers in der Herauslösung aus dem politischen und der Beschränkung auf den wirtschaftlichen Bereich. Auch die gleichfalls schon kodifizierte Reform der öffentlichen Verwaltung und des staatlichen Amterapparates — als „bürokratische Reform“ bezeichnet — gehört zu dieser Kategorie. Dazu tritt eine Reihe von Maßnahmen ausgesprochen wirtschaftlicher Prägung. Die Agrarreform blieb zunächst auf einzelne Gebiete Mittel- und Südtaliens auf Grund von Teilgesetzen beschränkt, die die Ausgangspunkte für ein Generalgesetz abgeben sollten. Eine Ausdehnung der Normen zur Bodenenteignung und Neuverteilung wird zur Wahrung der Rechtsgleichheit nicht beliebig hinausgezögert werden können, auch wenn die Praxis des Verfahrens eine Verteilung der Durchführungstermine auf einen längeren Zeitraum erfordert. Die Frage einer Rationalisierung der italienischen Sozialversicherung und einer Teilabwälzung der Beiträge auf die Versicherten (Italien ist das einzige Land mit privatwirtschaftlichem Regime, in dem die Anteile vom Lohn voll von den Arbeitgebern getragen werden müssen) wird den Gesetzgeber zu beschäftigen haben. Die industriellen Beteiligungen des Staates (IRI-Konzern) erfordern eine Regelung. Die staatliche Exportkreditversicherung (politische Risiken) ist bis jetzt nur ein grundsätzlich beschlossenes Projekt. Die Staatsführung dürfte sich auch nicht der berechtigten Forderung verschließen, daß der starke Anstieg der Fiskaleingänge nicht die Ausgabebereitschaft erhöhen darf, sondern als Anlaß für eine Senkung der auf der Produktion lastenden Steuern wahrzunehmen wäre. (Cr)